



Verfassungsgerichtshof

ÜBERSETZUNG
Entscheid Nr. 64/2022
vom 12. Mai 2022
Geschäftsverzeichnisnr. 7582
AUSZUG

In Sachen: Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf die Artikel 2.6.4, 2.6.10 und 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex, gestellt vom Appellationshof Brüssel.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten L. Lavrysen und P. Nihoul, und den Richtern M. Pâques, Y. Kherbache, T. Detienne, D. Pieters und S. de Bethune, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten L. Lavrysen,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

I. Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren

In seinem Entscheid vom 12. Mai 2021, dessen Ausfertigung am 25. Mai 2021 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat der Appellationshof Brüssel folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« 1) Verstoßen die Artikel 2.6.4 Nr. 2 und 2.6.10 (insbesondere die Paragraphen 1 und 2), 2.6.4.11, 2.6.4.14 und 2.6.4.15 des Flämischen Raumordnungskodex gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung und den verfassungsmäßigen Gleichheitsgrundsatz, indem für alle Steuerpflichtigen im Rahmen der darin vorgesehenen Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung bei der Berechnung der Besteuerungsgrundlage von dem gleichen mutmaßlichen Mehrwert bei einer Änderung der Zweckbestimmung der steuerbaren Parzelle von ‘ Landwirtschaft ’ in ‘ Wohnen ’ ausgegangen wird, während Steuerpflichtige, die zu einer Kategorie von Steuerpflichtigen gehören, für die für die steuerbare Parzelle nach der Zweckbestimmungsänderung weitgehende und gravierende Einschränkungen in Bezug auf mögliche Bauarbeiten gelten, wie bei einer Zweckbestimmungsänderung von ‘ Landwirtschaft ’ in ‘ Wohnen ’, jedoch in eine Wohnform, bei der es sich um ‘ bescheidenes Wohnen in Mobilbauten ’ handelt, durch die steuerbare Zweckbestimmungsänderung in Wirklichkeit einen viel geringeren Mehrwert erzielen als Steuerpflichtige, für die nach der Zweckbestimmungsänderung keine solchen weitgehenden und gravierenden Einschränkungen in Bezug auf mögliche Bauarbeiten zu Wohnzwecken gelten?

2) Verstoßen die Artikel 2.6.4 und 2.6.10 des Flämischen Raumordnungskodex gegen Artikel 10 (und die Artikel 11 und 172) der Verfassung in Verbindung mit Artikel 16 der Verfassung und Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, indem Eigentümer einer Parzelle, für die eine dem Abgabepflichtigen zufolge inkorrekte Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zu entrichten ist, in einem Enteignungsverfahren nicht auf die gleiche Weise ihre Rechte ausüben können wie Eigentümer, die keine (oder eine korrekte) Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zu entrichten haben und ebenfalls an einem Enteignungsverfahren beteiligt sind?

3) Verstößt Artikel 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex gegen Artikel 10 (und die Artikel 11 und 172) der Verfassung, indem ein Steuerpflichtiger, der sich nicht in einem Enteignungsverfahren befindet bzw. dem kein Enteignungsverfahren droht, den Vorteil der Bonifikationsregelung genießen kann, während ein Steuerpflichtiger, der sich in einem Enteignungsverfahren befindet bzw. dem ein Enteignungsverfahren droht, diesen Vorteil *de facto* nicht genießen kann? ».

(...)

III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Mit drei Vorabentscheidungsfragen wird der Gerichtshof befragt über die Vereinbarkeit der Grundlage der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 16 der Verfassung und mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention, sofern es um die zweite Vorabentscheidungsfrage geht.

B.2.1. Die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung ist eine Steuer. Sie hat eine besondere Bestimmung; sie zielt darauf ab, einen Teil des sich aus der geänderten Bestimmung der räumlichen Ausführungspläne ergebenden Wertzuwachses der Grundstücke der öffentlichen Hand zuzuweisen. Die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung wurde durch den Dekretgeber als Gegenstück zur Regelung über Planschäden angesehen (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 53).

In den Vorarbeiten zum Dekrets vom 27. März 2009 « zur Anpassung und Ergänzung der Raumplanungs-, Genehmigungs- und Rechtsdurchsetzungspolitik » (nachstehend: Dekret vom 27. März 2009) wird präzisiert:

« La taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale rejoint partiellement le concept de taxe rémunératoire, c'est-à-dire la récupération du coût exposé pour une prestation fournie par l'autorité publique, auprès du groupe de contribuables qui sont irréfragablement présumés tirer avantage de cette prestation. En effet, l'impôt est prélevé sur des avantages découlant de la planification spatiale, à savoir les effets secondaires résultant de l'exercice de la compétence de police que l'autorité planificatrice exerce ou doit exercer dans le cadre de l'aménagement du territoire » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 55).

B.2.2. Der Steuergegenstand ist das Element, das Anlass zur Besteuerung gibt, die Lage oder das Faktum, die Anlass geben zu der Tatsache, dass die Steuer geschuldet ist. Der Steuergegenstand unterscheidet sich von der Bemessungsgrundlage, bei der es sich um den Betrag handelt, auf dem die Steuer berechnet wird.

Die steuerpflichtige Materie der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung ist der « potenzielle » Mehrwert eines unbeweglichen Gutes, der die Folge einer abgeänderten Raumplanungspolitik ist.

In diesem Zusammenhang wird in den Vorarbeiten zum vorerwähnten Dekret vom 27. März 2009 präzisiert:

« En d'autres termes, cela reste toujours un impôt sur les plus-values *potentielles* découlant d'une modification de destination.

Il peut dès lors être utilement renvoyé à la jurisprudence de la Cour constitutionnelle, selon laquelle la taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale est une ' imposition sur la destination ' ; la matière imposable est l'accroissement de valeur ' *réputé découler d'une intervention de l'autorité régionale compétente en matière d'aménagement du territoire* ' » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 56).

In Bezug auf die erste Vorabentscheidungsfrage

B.3. In der ersten Vorabentscheidungsfrage wird der Gerichtshof gefragt, ob die Artikel 2.6.4 Nr. 2, 2.6.10, 2.6.4.11, 2.6.4.14 und 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung vereinbar seien, « indem für alle Steuerpflichtigen im Rahmen der darin vorgesehenen Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage von dem gleichen mutmaßlichen

Mehrwert bei einer Änderung der Zweckbestimmung der steuerbaren Parzelle von ‘ Landwirtschaft ’ in ‘ Wohnen ’ ausgegangen wird, während Steuerpflichtige, die zu einer Kategorie von Steuerpflichtigen gehören, für die für die steuerbare Parzelle nach der Zweckbestimmungsänderung weitgehende und gravierende Einschränkungen in Bezug auf mögliche Bauarbeiten gelten, [...] in Wirklichkeit einen viel geringeren Mehrwert erzielen als Steuerpflichtige, für die nach der Zweckbestimmungsänderung keine solchen weitgehenden und gravierenden Einschränkungen in Bezug auf mögliche Bauarbeiten zu Wohnzwecken gelten ».

B.4.1. Die Flämische Regierung macht geltend, dass die erste Vorabentscheidungsfrage teilweise unzulässig sei; der Gerichtshof werde nämlich gebeten, sich zur Vereinbarkeit der Artikel « 2.6.4 Nr. 2, 2.6.10 §§ 1 und 2, 2.6.4.11, 2.6.4.14 und 2.6.4.15 des Flämischen Raumordnungskodex » mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung zu äußern, während die in Rede stehenden Artikel 2.6.4.11, 2.6.4.14 und 2.6.4.15 des Flämischen Raumordnungskodex nicht existierten.

Selbst wenn es in Wirklichkeit um die Artikel 2.6.11, 2.6.14 und 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex gehe, muss nach Ansicht der Flämischen Regierung festgestellt werden, dass weder in der Vorabentscheidungsfrage noch in der Begründung der Verweisungsentscheidung angegeben sei, in welcher Hinsicht diese dekretalen Bestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung unvereinbar sein könnten.

B.4.2. Unter der Annahme, dass das vorliegende Rechtsprechungsorgan die Artikel 2.6.11, 2.6.14 und 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex meint, kann gleichwohl aus der Begründung der Verweisungsentscheidung nicht abgeleitet werden, in welcher Hinsicht diese Bestimmungen mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung unvereinbar sein sollen.

Der Gerichtshof beschränkt daher seine Prüfung auf die Artikel 2.6.4 Nr. 2 und 2.6.10 §§ 1 und 2 des Flämischen Raumordnungskodex.

B.5.1. Artikel 2.6.4 Nr. 2 des Flämischen Raumordnungskodex bestimmt:

« Une taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale est due lorsque l'entrée en vigueur d'un plan d'exécution spatial ou d'un plan particulier d'aménagement entraîne pour une parcelle, une ou plusieurs des modifications de destination suivantes :

[...]

2° la modification de destination d'une zone qui relève de la catégorie d'affectation de zone 'activités économiques'[lire : 'agriculture'] en une zone relevant de la catégorie d'affectation de zone 'habiter' ».

Artikel 2.6.4 des Flämischen Raumordnungskodex wurde eingeführt durch Artikel 34 des Dekrets vom 27. März 2009. In den Vorarbeiten zum vorerwähnten Dekret wurde präzisiert:

« Une série de nouvelles modifications de destination ont été ajoutées en tant qu'assiette pour le prélèvement de la taxe :

1° la modification d'une zone 'bois', 'autres zones vertes' ou 'réserves et nature' en une zone 'agriculture';

2° la modification d'une zone appartenant au groupe 'bois', 'autres zones vertes', 'réserves et nature' ou d'une zone 'agriculture' en une zone pour l'extraction des minerais de surface (nouvel article 87, 13°, 14° et 15°, du décret du 18 mai 1999 portant organisation de l'aménagement du territoire).

Ces modifications de destination sont manifestement de nature à générer des plus-values potentielles. Dans le premier cas, on part de zones abritant des servitudes d'utilité publique importantes (jusqu'à une interdiction de bâtir) pour passer à une zone qui entre en ligne de compte pour un usage agricole. Dans le second cas, on part de zones abritant des servitudes d'utilité publique importantes ou de zones qui entrent en principe uniquement en ligne de compte pour un usage agricole pour passer à des zones susceptibles de faire l'objet d'interventions lourdes en vue d'extraire des minerais de surface.

Une étude scientifique a été organisée au sujet des tarifs relatifs aux deux nouvelles modifications de destination qui ont été ajoutées » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 57).

B.5.2. Artikel 2.6.10 §§ 1 und 2 des Flämischen Raumordnungskodex, in der auf die vor dem vorliegenden Rechtsprechungsorgan anhängige Rechtssache anwendbaren Fassung, bestimmt:

« § 1er. La taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale est calculée à partir de la plus-value présumée d'une parcelle à la suite de la modification de destination et en fonction de la superficie de la parcelle à laquelle s'applique la modification de destination. La superficie de la parcelle est la superficie déclarée et enregistrée au cadastre.

§ 2. La plus-value présumée d'une parcelle est calculée conformément au tableau suivant :

Nature de la modification de destination	Montant de la plus-value présumée par m ²
Modification visée à l'article 2.6.4, 1°	86,31 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 2°	85,92 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 3°	83,73 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 4°	85,65 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 5°	54,89 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 6°	58,02 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 7°	57,63 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 8°	55,44 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 9°	57,36 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 10°	1,92 euro
Modification visée à l'article 2.6.4, 11°	2,58 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 12°	2,19 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 13°	0,39 euro
Modification visée à l'article 2.6.4, 14°	2,85 euros
Modification visée à l'article 2.6.4, 15°	2,46 euros

Si la parcelle fait l'objet de plusieurs modifications de destination simultanées, la plus-value présumée de la parcelle constitue la somme des produits des superficies respectives de chaque modification et le montant de la plus-value présumée par m², comme le montre le tableau inclus dans le premier alinéa.

Si une zone, qui n'a pas encore été délimitée en application de l'article 2.2.3, § 2, premier alinéa, relève de plusieurs catégories d'affectation de zone, la plus-value présumée est calculée à l'aide de la catégorie dont relève la majorité des fonctions de la zone ».

Artikel 2.6.10 des Flämischen Raumordnungskodex enthält eine Regelung über die Berechnung des « mutmaßlichen Mehrwerts », der anschließend in Abgabestufen unterteilt ist, auf die ein progressiver Satz angewandt wird. In den Vorarbeiten zum Dekret vom 27. März 2009 wird präzisiert:

« En ce qui concerne le calcul de la taxe, celui-ci se fonde, contrairement au régime actuel prévu par le décret du 18 mai 1999 portant organisation de l'aménagement du territoire, sur un tarif progressif, calculé par parcelle.

L'instauration d'un impôt progressif sur des éléments patrimoniaux (en l'espèce, une plus-value potentielle) est défendable du point de vue du ' principe de la capacité contributive '.

Pour le dire autrement, il faut éviter que, sur un plan relatif, la taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale touche principalement des ‘ petits propriétaires fonciers ’.

Le concept de progressivité se retrouve également dans le régime de l’impôt sur les revenus ainsi que dans le cadre de diverses autres taxes relatives à des biens immobiliers.

En l’espèce, on se rapproche fortement des ‘ Dispositions particulières temporaires pour les donations de parcelles de terrain destinées à la construction d’habitations selon les prescriptions d’urbanisme ’ prévues à l’article 140^{nonies} du Code des droits d’enregistrement, d’hypothèque et de greffe » (*Parl. Dok.*, Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 62).

B.6.1. Der Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung schließt nicht aus, dass ein Behandlungsunterschied zwischen Kategorien von Personen eingeführt wird, soweit dieser Unterschied auf einem objektiven Kriterium beruht und in angemessener Weise gerechtfertigt ist. Dieser Grundsatz steht übrigens dem entgegen, dass Kategorien von Personen, die sich angesichts der beanstandeten Maßnahme in wesentlich verschiedenen Situationen befinden, in gleicher Weise behandelt werden, ohne dass hierfür eine angemessene Rechtfertigung vorliegt.

Das Vorliegen einer solchen Rechtfertigung ist im Hinblick auf Zweck und Folgen der beanstandeten Maßnahme sowie auf die Art der einschlägigen Grundsätze zu beurteilen; es wird gegen den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, wenn feststeht, dass die eingesetzten Mittel in keinem angemessenen Verhältnis zum verfolgten Zweck stehen.

B.6.2. Artikel 172 Absatz 1 der Verfassung stellt eine besondere Anwendung des in den Artikeln 10 und 11 der Verfassung enthaltenen Grundsatzes der Gleichheit und Nichtdiskriminierung in Steuersachen dar.

B.7.1. Die Berechnung der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung erfolgt nach einem zweistufigen Vorgang. Zunächst wird der « mutmaßliche Mehrwert » berechnet und anschließend wird die eigentliche Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung berechnet, indem der mutmaßliche Mehrwert gemäß einem System der Abgabestufen einem spezifischen Abgabensatz unterworfen wird.

Der mutmaßliche Mehrwert wird berechnet, indem die Fläche der Parzelle mit einem Pauschalbetrag pro m² multipliziert wird, und zwar in Abhängigkeit von der Art der Zweckbestimmungsänderung. Bei bestimmten Zweckbestimmungsänderungen, wie bei der

vorliegenden, wird die Fläche der Zweckbestimmungsänderung für die Berechnung des mutmaßlichen Mehrwerts auf eine Höchstfläche von 2 750 m² beschränkt.

B.7.2. Die Pauschalbeträge des mutmaßlichen Mehrwerts beruhen auf aktuellen wissenschaftlichen Studien.

In den Vorarbeiten zum Dekret vom 27. März 2009 wurde präzisiert:

« Les montants des plus-values potentielles sont fixés par décret dans le nouvel article 91/2, § 2, alinéa 1er, du décret du 18 mai 1999 portant organisation de l'aménagement du territoire, sur la base d'une étude scientifique actuelle.

Les coefficients d'arrondissement existants, pour lesquels les fondements scientifiques disponibles sont faibles, ne sont pas pris en compte.

[...]

Il peut être valablement renvoyé à la jurisprudence de la section de législation du Conseil d'État, selon laquelle *' en droit fiscal, l'efficacité des critères et le coût administratif de leur application doivent être pris en considération pour apprécier s'ils sont susceptibles d'une justification raisonnable '*. En l'espèce, le Conseil d'État a spécifiquement jugé que *' lorsque la loi fiscale vise en même temps des agents économiques dont les différentes productions ont une incidence variée sur l'environnement, elle doit nécessairement appréhender cette diversité de situations en faisant usage de catégories qui ne correspondent aux réalités que de manière schématique et approximative '* » (Parl. Dok., Flämisches Parlament, 2008-2009, Nr. 2011/1, S. 63).

Außerdem werden die in Artikel 2.6.10 § 2 Absatz 1 des Flämischen Raumordnungskodex geregelten mutmaßlichen Mehrwerte alle fünf Jahre aktualisiert.

B.8. Es obliegt dem Gesetzgeber, die Schuldner der von ihm eingeführten Steuer zu bestimmen, sowie ihre Höhe. Er verfügt in diesem Sachbereich über einen breiten Ermessensspielraum.

Wenn der Dekretgeber die Steuerschuldner bestimmt, muss er Kategorien anwenden können, die notwendigerweise die unterschiedlichen Situationen nur mit einem gewissen Grad der Annäherung ausdrücken, da er die Besonderheiten jedes Einzelfalls nicht berücksichtigen kann und die diesbezügliche Vielfalt annäherungsweise und vereinfachend beschreiben darf. Die Anwendung dieses Verfahrens ist nicht an sich unvernünftig. Es obliegt jedoch dem

Gerichtshof zu prüfen, ob dies auch für die Weise, in der das Verfahren durchgeführt wurde, gilt.

B.9.1. Die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung erfasst nicht den tatsächlich realisierten Mehrwert, sondern nur den « potenziellen » Mehrwert eines unbeweglichen Gutes, bei dem davon ausgegangen wird, dass er auf ein Auftreten der für die Raumordnung zuständigen Behörde zurückzuführen ist.

B.9.2. Die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung wird in Bezug auf fünfzehn Zweckbestimmungsänderungen angewandt (Artikel 2.6.4 des Flämischen Raumordnungskodex), mit verschiedenen Sätzen für die Berechnung der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung. Artikel 2.6.5 des Flämischen Raumordnungskodex sieht darüber hinaus einige konkrete Fälle vor, in denen keine Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zu entrichten ist, und Artikel 2.6.6 des Flämischen Raumordnungskodex legt die Bedingungen fest, unter denen Parzellen, die enteignet werden oder einvernehmlich zum Nutzen der Allgemeinheit übertragen werden, von der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung befreit sind.

Außerdem ist in Artikel 2.6.10 § 3 des Flämischen Raumordnungskodex ein Berichtigungsmechanismus für Parzellen vorgesehen, die als Gebiete für dauerhaftes Wohnen für Zweitwohnungen ausgewiesen sind und eine raumordnungsbezogene Lösung für Gebiete mit Wochenendwohnungen darstellen.

Schließlich kann der geschuldete Betrag der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung noch reduziert werden, wenn der Steuerpflichtige die Bonifikationsregelung im Sinne von Artikel 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex in Anspruch nimmt.

B.9.3. Der geschuldete Betrag der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung kann daher stark schwanken, da dessen Höhe nicht nur von der Art der Zweckbestimmungsänderung abhängt, sondern auch vom mutmaßlichen Mehrwert, dem System der Abgabenstufen, den unterschiedlichen möglichen Ausnahmen, Befreiungen, Aussetzungen und der Bonifikation.

Angesichts des weiten Beurteilungsspielraums des Dekretgebers und seiner Befugnis, die unterschiedlichen Konstellationen nur mit einem gewissen Grad der Annäherung zu erfassen,

durfte der Dekretgeber deshalb vernünftigerweise entscheiden, den potenziellen Mehrwert anhand eines pauschal festgelegten « mutmaßlichen Mehrwerts » zu besteuern, der bestimmte Zweckbestimmungen berücksichtigt, ohne dabei nach den möglichen Unterkategorien der Zweckbestimmungen unterscheiden zu müssen.

Es ist folglich nicht unvernünftig, dass der Dekretgeber eine pauschale Besteuerungsgrundlage vorgesehen hat, wobei für alle Steuerpflichtigen bei der Berechnung der Besteuerungsgrundlage der gleiche mutmaßliche Mehrwert im Rahmen einer Zweckbestimmungsänderung der steuerbaren Parzelle von « Landwirtschaft » in « Wohnen » angewandt wird.

B.10. Die Artikel 2.6.4 Nr. 2 und 2.6.10 §§ 1 und 2 des Flämischen Raumordnungskodex sind nicht unvereinbar mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung, indem bei der Berechnung der Besteuerungsgrundlage der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung der gleiche mutmaßliche Mehrwert im Rahmen einer Zweckbestimmungsänderung der steuerbaren Parzelle von « Landwirtschaft » in « Wohnen » angewandt wird.

In Bezug auf die zweite Vorabentscheidungsfrage

B.11. In der zweiten Vorabentscheidungsfrage wird der Gerichtshof gefragt, ob die Artikel 2.6.4 Nr. 2 und 2.6.10 des Flämischen Raumordnungskodex mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung in Verbindung mit Artikel 16 der Verfassung und mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar seien, « indem Eigentümer einer Parzelle, für die eine dem Abgabepflichtigen zufolge inkorrekte Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zu entrichten ist, in einem Enteignungsverfahren nicht auf die gleiche Weise ihre Rechte ausüben können wie Eigentümer, die keine (oder eine korrekte) Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zu entrichten haben und ebenfalls an einem Enteignungsverfahren beteiligt sind ».

B.12. Die in Rede stehenden Artikel des Flämischen Raumordnungskodex schränken in keinem Fall die Rechte der Eigentümer eines unbeweglichen Gutes in einem Enteignungsverfahren ein, da diese Artikel nur eine Regelung über die Berechnung der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung zum Inhalt haben.

Der bloße Umstand, dass ein Eigentümer eines unbeweglichen Gutes, das Gegenstand eines Enteignungsverfahrens ist, die Richtigkeit des Betrags der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung in Abrede stellt, wirkt sich nicht auf die Rechte aus, die dieser Eigentümer gegebenenfalls im Rahmen der administrativen und gerichtlichen Phase des Enteignungsverfahrens ausüben kann.

B.13. Der in der zweiten Vorabentscheidungsfrage aufgeworfene Behandlungsunterschied existiert nicht. Die Vorabentscheidungsfrage ist folglich verneinend zu beantworten.

In Bezug auf die dritte Vorabentscheidungsfrage

B.14. In der dritten Vorabentscheidungsfrage wird der Gerichtshof gefragt, ob Artikel 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex mit den Artikeln 10, 11 und 172 der Verfassung vereinbar sei, indem ein Steuerpflichtiger, «der sich nicht in einem Enteignungsverfahren befindet bzw. dem kein Enteignungsverfahren droht, den Vorteil der Bonifikationsregelung genießen kann, während ein Steuerpflichtiger, der sich in einem Enteignungsverfahren befindet bzw. dem ein Enteignungsverfahren droht, diesen Vorteil *de facto* nicht genießen kann ».

B.15. Artikel 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex bestimmt:

« Une bonification est octroyée au redevable qui paie la taxe sur les bénéfices résultant de la planification spatiale dans l'année suivant la date d'envoi de l'avis d'imposition, alors que le montant de la taxe ne devait pas encore être payé dans la période entre la date d'envoi de l'avis d'imposition et le paiement :

1° soit parce qu'au moment du paiement, aucun acte juridique mentionné dans l'article 2.6.14, § 1er, premier alinéa, n'avait encore été posé;

2° soit parce que la taxe était suspendue au moment du paiement à la suite d'une des raisons mentionnées dans l'article 2.6.7.

La bonification s'élève à quinze pour cent du montant du versement anticipé.

Le Gouvernement flamand peut déterminer des modalités plus précises pour l'application de cette réglementation relative à la bonification ».

B.16. Nichts hindert den Eigentümer eines unbeweglichen Gutes, das Gegenstand eines Enteignungsverfahrens ist, daran, die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung innerhalb eines Jahres nach dem Zeitpunkt, an dem der Steuerbescheid verschickt wurde, zu zahlen, sodass er die Bonifikation in Anspruch nehmen kann und gegebenenfalls doch noch von der Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung befreit werden kann.

Diesbezüglich legt Artikel 2.6.6 Absatz 2 des Flämischen Raumordnungskodex, in der auf die vor dem vorlegenden Rechtsprechungsorgan anhängige Rechtssache anwendbaren Fassung, fest, dass bereits entrichtete Beträge erstattet werden, « wenn die Enteignung oder die einvernehmliche Übertragung zum Nutzen der Allgemeinheit erfolgt, nachdem die Abgabe auf Gewinne aus der Raumplanung oder ein Teil davon bereits entrichtet wurde ».

B.17. Der in der dritten Vorabentscheidungsfrage aufgeworfene Behandlungsunterschied ergibt sich folglich nicht aus der in Rede stehenden Bestimmung, sondern aus der Wahl des Steuerpflichtigen.

Die Vorabentscheidungsfrage ist verneinend zu beantworten.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Die Artikel 2.6.4 Nr. 2, 2.6.10 §§ 1 und 2 und 2.6.15 des Flämischen Raumordnungskodex verstoßen nicht gegen die Artikel 10, 11 und 172 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 16 der Verfassung und mit Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

Erlassen in niederländischer und französischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 12. Mai 2022.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) L. Lavrysen